

Walliser
☆☆ BoteUnabhängige Tageszeitung
Gegründet 1840Herausgeber und Verleger:
Ferdinand Mengis, Nicolas Mengis
nicolas.mengis@mengismedien.ch

mengis Medien AG

Seewjinenstrasse 4, 3930 Visp
Tel. 027 948 30 40, Fax 027 948 30 41
info@mengismedien.chGeschäftsführer: Kurt Hasen
kurt.hasen@mengismedien.chVerlagsleiter: Fabian Marbot
fabian.marbot@mengismedien.chRedaktion: Furkastrasse 21,
Postfach 720, 3900 Brig,
Tel. 027 922 99 88, Fax 027 922 99 89
Redaktion: lokal@walliserbote.ch
Sekretariat: info@walliserbote.chChefredaktor: Thomas Rieder (tr)
Stv. Chefredaktor: Herold Bieler (hbi)Ausland/Inland: Stefan Eggel (seg)
ausland@walliserbote.chRegion: Luzius Theler (lth), Franz
Mayr (fm), Karl Salzmann (sak), Werner
Koder (wek), Sebastian Glenz
(gse), Martin Kalbermatten (mk),
Melanie Biaggi (meb), Franco Arnold
(fa), Stagiaires: Michel Venetz (vem)
und Sebastian Lukawski (slu)
lokal@walliserbote.chKultur: Lothar Berchtold (blo)
kultur@walliserbote.chSport: Hans-Peter Berchtold
(bhp), Roman Lareida (rlr), Alban
Albrecht (alb), Alan Daniele (ada)
sport@walliserbote.chStändige Mitarbeiter:
Georges Tscherrig (gtg), Hildegard
Stucky (hs), Dr. Alois Grichting (ag)Online-Redaktion 1815.ch:
Ressortleiter: Norbert Zengaffinen (zen)
Leilah Ruppen (rul)
Perrine Andereggen (pan)
Manuela Pfaffen (map)
lokal@1815.ch, info@1815.chThemenbeilage:
Beilage zum Walliser Bote.
Redaktion: Perrine Andereggen (pan)

Produktionsleitung: Manuela Bonetti

Zuschriften: Die Redaktion behält sich
die Veröffentlichung oder Kürzung von
Einsendungen und Leserbriefen aus-
drücklich vor. Es wird keine Korrespon-
denz geführt.Nachrufe: Die Nekrologe erscheinen
gesammelt auf einer sporadischen
Sonderseite.Abonentendienst:
Seewjinenstrasse 4, 3930 Visp,
Tel. 027 948 30 50, Fax 027 948 30 41
abodienst@walliserbote.chAuflage: 21 989 Expl. (beglaubigt
WEMF 2013) jeden Donnerstag Gross-
auflage 34 904 Expl.Jahresabonnement:
Fr. 329.– (inkl. 2,5% MWST.)
Einzelverkaufspreis:
Fr. 2,50 (inkl. 2,5% MWST.)Jahresabonnement WB-online:
Fr. 195.– (inkl. 8% MWST.)Annahme Todesanzeigen:
3900 Brig, Furkastrasse 21,
Annahmeschluss Mo–Fr 21.00 Uhr,
So 14.00–21.00 Uhr,
Telefon 027 922 99 88
korrektorat@walliserbote.chInseratverwaltung und Disposition:
Mediaverkauf
Seewjinenstrasse 4, 3930 Visp
Tel. 027 948 30 40, Fax 027 948 30 41
PC 60-175864-0
inserate@walliserbote.chInserateannahmestellen:
Seewjinenstrasse 4, 3930 VispTechnische Angaben:
Satzspiegel 284 x 440 mm,
Inserate 10-spaltig 24,8 mm,
Reklame 6-spaltig 44 mmAnzeigenpreise:
Grundtarif: Annoncen-mm Fr. 1.11
(Donnerstag Fr. 1.25)
Kleinanzeigen bis 150 mm Fr. 1.22
(Donnerstag Fr. 1.38)
Rubrikanzeigen: Automarkt,
Immobilien, Stellenmarkt Fr. 1.22
(Donnerstag Fr. 1.38)
Reklame-mm Fr. 4.44
(Donnerstag Fr. 5.02)
Textanschluss Fr. 1.44
(Donnerstag Fr. 1.63)
Alle Preise exkl. 8% MWST.Zentrale Frühverteilung:
Adrian Escher
verteiler@walliserbote.chUrheberrechte: Inserate, die im
«Walliser Bote» abgedruckt sind,
dürfen von nicht autorisierten Dritten
weder ganz noch teilweise kopiert,
bearbeitet oder anderweitig verwendet
werden. Insbesondere ist es untersagt,
Inserate – auch in bearbeiteter Form –
in Online-Dienste einzuspeisen. Jeder
Verstoß gegen dieses Verbot wird
gerichtlich verfolgt.

ISSN: 1660-0657

Publikationsorgan CVPO

Bildung | Oberwalliser Schuldirektionen positionieren sich beim neuen Primarschulgesetz

Die obligatorische Schule
braucht ein GrundlagengesetzSITTEN/OBERWALLIS | Die
Oberwalliser Schuldirek-
toren erwarten vom neu-
en Primarschulgesetz ei-
ne optimale Rücksicht-
nahme auf die obligatori-
sche Schulzeit.«Von der Primar- und Orientie-
rungsschule profitieren alle»,
sagt Robert Lochmatter, Schul-
direktor von Brig-Glis und zu-
sammen mit dem Visper Schul-
direktor Bruno Schmid Co-
Präsident der Oberwalliser
Schuldirektoren (OSD). Folglich
verdient die obligatorische
Schulzeit die volle Aufmerk-
samkeit. Insbesondere dürfe sie
bei den angesagten Sparübun-
gen nicht zugunsten der weiter-
führenden Schulen bis hin zum
neuen ETH-Campus in Sitten
unter die Räder kommen.Die anstehende zweite Les-
ung im Grossen Rat gibt den
Schuldirektoren Anlass, für die
Grundschule in die Bresche zu
springen. Um Überlappungen
Richtung OS-Gesetz, Personal-
und Besoldungsgesetz auszu-
schalten, sei nach dem Primar-
schulgesetz ein übergeordnetes
Grundlagengesetz für die ge-
samte obligatorische Schulzeit
notwendig.Keine Verschiebung
der Finanzen nach obenVorerst geht es aber um die Pri-
marschule. Die Schuldirekto-
ren haben deshalb ein Position-
papier zuhanden der Grossräte
ausgearbeitet. Sie erachten es
als ihre Aufgabe, die Politik mit
ihren Einschätzungen zu belie-
fern. Das Papier umfasst elf
Schwerpunkte. Zum ersten er-
heben die OSD den Anspruch,
dass die Finanzen vorrangig in
die obligatorischen Schulen
fliessen. Lochmatter: «Investi-
tionen in die Bildung sind im-
mer zu begrüssen, egal auf wel-cher Stufe. Wir machen uns
aber Sorgen, dass die Basis ver-
nachlässigt wird und Budget-
Verschiebungen vom primären
in den sekundären und tertiären
Bereich stattfinden.» Dazu
gehört, dass die geplanten 32
Wochenlektionen für die Schul-
kinder den heute gültigen 30
Lektionen der Lehrpersonen an-
zupassen sind. Hier ist unbed-
ingte Harmonisierung anzu-
streben. «Alles andere ver-
ursacht Zusatzkosten durch
Jop-Sharing, aber auch ein orga-
nisatorisches Chaos», so Loch-
matter weiter.Im Sinne einer einheitlichen
Struktur empfehlen die
Schuldirektoren eine verbindliche
Regelung der Präsenzzeiten
im Kindergarten. Überlasseman hier den Spielraum den Ge-
meinden, gebe es wieder 25 ver-
schiedene Systeme. Ebenfalls
aus organisatorischen Gründen
sei zudem das Pensum eines
Klassenlehrers auf 50 Prozent
(statt 60%) festzulegen. Beim
Sonderschulunterricht plädieren
die OSD für integrative ge-
genüber separativen Lösungen.
Im Einzelfall müsste aber sepa-
rative Beschulung möglich sein.
Für diese individuellen Mög-
lichkeiten müssten genügend
Ressourcen vorhanden sein.Werden die professionellen
Schulleitungen in jedem
Schulort bis 2015 eingesetzt
sein, ist für Lochmatter klar,
dass die Rolle der Schulinspek-
tion in ihrer heutigen Form zu
überdenken ist. tr

Grundschule schützen. Das neue Primarschulgesetz soll die Position der obligatorischen Schulstufe stärken.

FOTO WB

Schule | Bischof entzog Lehrerin Lehreraubnis

Anstellung verloren

OBERWALLIS | Die Plattform
«Infosperber» machte
gestern die Entlassung
einer Lehrerin an der
OS Brig-Glis publik.Dabei handelt es sich um die
vormalige Gemeindepräsidentin
von Erschmatt, Edith Inder-
kummen, die ab Herbst 2012 ein
Teilpensum in Religion sowie
dem konfessionsneutralen Fach
Ethik-Religionen-Gemeinschaft
(ERG) belegte. Als die Lehrerin
im März 2013 dem Pfarrer von
Erschmatt ihren Austritt aus
der katholischen Kirche mitteil-te, entzog ihr Bischof Norbert
Brunner laut «Infosperber» im
Mai die Lehreraubnis für den
konfessionellen Religionsunter-
richt. Die OS Brig-Glis verzichte-
te darauf fürs Schuljahr 2012/13
auf eine Weiterbeschäftigung
im Fach ERG. Die seither ar-
beitslose Lehrerin reichte beim
Staatsrat gegen den Entzug der
Lehreraubnis Beschwerde ein.
Ein Entschiede steht noch aus.
Laut «Infosperber» ging die Leh-
rerin den Weg zu den jüdischen
Wurzeln des Christentums. Sie
verbreitete dazu diverse Video-
Botschaften. | wb

BUNDESBERN

1:12= «Grounding»
der SchweizDie Schweiz ist das Land mit der tiefsten Arbeitslosigkeit.
Unsere Löhne gehören zu den höchsten weltweit. Auch
die Jugendarbeitslosigkeit ist markant niedriger als in
den umliegenden Ländern. Gemäss internationalen
Vergleichsstudien gehört die Schweiz nicht nur zu den
reichsten Ländern der Welt, sondern auch zu den inno-
vativsten.Was sind die Grundlagen für eine weiterhin wirt-
schaftlich erfolgreiche Schweiz? Dazu gehören sicher
die hohe politische Stabilität, eine liberale Wirtschaft-
politik sowie eine solide Finanz- und Währungspolitik.
Aber auch tiefe Steuern, ein leistungsstarker öffentlicher
Sektor, eine gut ausgebaut Infrastruktur (Strassen,
Schiene, Flughäfen usw.) sowie eine intakte Um-
welt und hohe Lebensqualität sind wichtig. Schliesslich
spielen der soziale Frieden, eine gut eingespielte Sozial-
partnerschaft und ein freier Arbeitsmarkt eine nicht zu
unterschätzende Rolle. Regulierte Löhne, ein übertrieben
Arbeitnehmerschutz, hohe Soziallasten, staatliche
Kontrollen und Sanktionen wären Gift für die Wirt-
schaft. Ein «wirtschaftliches Grounding» der Schweiz
wäre die Folge. International erfolgreiche Unternehmen
mit Hauptsitz in der Schweiz wie Nestlé, Novartis, Küh-
ne & Nagel, Swatch-Group, UBS, CS, Swiss Life usw.
könnten unser Land verlassen, wenn der Staat die Löh-
ne reguliert und es diesen Unternehmen verwehrt, dieSaläre ihrer Topmanager selber festzulegen. Deshalb:
Hände weg von weiteren Regulierungen des Staates im
heute gut funktionierenden Verhältnis zwischen Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern. Über die Löhne entscheiden
heute Unternehmer, Angestellte und Gewerkschaften.
Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Ar-
beitnehmern hat in unserem Land eine über hundert-
jährige Tradition, und wir sind damit gut gefahren. Es
wäre töricht, diese Errungenschaft leichtfertig aufs
Spiel zu setzen. Mit der Volksinitiative der Jungsozialis-
ten, die eine maximale Lohnspanne von eins zu zwölf
vorschreibt, würde unser Land einen wichtigen Stand-
ortvorteil aus der Hand geben.Offenbar stört es niemanden, wenn der Schweizer
Weltklasse-Tennispieler Roger Federer Honorare von
mehreren Millionen kassiert. Wieso darf das nicht auch
für hoch qualifizierte Topmanager gelten, die Tag und
Nacht arbeiten und über ein bedeutendes Wissen und in-
ternationales Beziehungsnetz verfügen? Daraus resultieren
für die öffentliche Hand und die Sozialversicherun-
gen unseres Landes sehr hohe Einnahmen. Unser Steuer-
system ist im internationalen Vergleich stark auf die di-
rekten Steuern auf Einkommen und Vermögen fokussiert
und progressiv ausgestaltet. Wer viel verdient, bezahlt
mehr Steuern, vor allem bei der direkten Bundessteuer.
Auch bei den Sozialversicherungsabgaben für AHV undIV gibt es keine Obergrenze. Fallen diese Erträge weg,
dann müssen diese durch die anderen kompensiert wer-
den. Das würde eine Erhöhung der Steuern und Sozial-
versicherungsbeiträge für alle bedeuten.Im Weiteren gilt es zu bedenken, dass Leute mit
sehr hohen Einkommen und Vermögen diese ja gar nicht
selber konsumieren können. Sie investieren ihr überflüssi-
ges Geld in Stiftungen und Projekte, die oft der Allge-
meinheit zugutekommen. Luxushotels wie etwa das Belle-
vue Palace in Bern, Waldhaus Dolder in Zürich oder Drei
Könige in Basel könnten gar nicht finanziert werden,
weil sie nicht rentieren. Das Gleiche gilt für Sportveran-
staltungen und kulturelle Anlässe. Aber auch gemeinnüt-
zige und wohltätige Institutionen sind auf Sponsoren an-
gewiesen. Daniel Vasella hat beispielsweise sehr viel ge-
tan fürs Benediktinerkloster Einsiedeln unter der Füh-
rung von Abt Martin Werlen aus dem Goms.Die Jungsozialisten, die hinter dieser gefährlichen
1:12-Initiative stecken, sollten endlich aufhören, den
Wohlstand unseres Landes mit unrealistischen Volksini-
tiativen zu gefährden! Das führt bei den wirtschaftlichen
Eliten unseres Landes zu einer Verunsicherung. Deshalb
ist es wichtig, dass diese unrealistische, gefährliche und
für die Fortführung der wirtschaftlichen Erfolgsges-
chichte Schweiz schädliche Volksinitiative am 24. No-
vember wichtig verworfen wird.Dr. Alfred Rey
Bundeshauskorrespondent